



Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Raucher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Susann Biedefeld, Ruth Müller, Martina Fehlner SPD**

Arm sein im reichen Bayern – Probleme und Lösungen I: Langzeitarbeitslose bei Stellenbesetzungen des Freistaates und seiner Beteiligungsgesellschaften stärker berücksichtigen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Konsequenzen aus dem Bericht „Soziale Lage in Bayern 2014“ zu ziehen, indem sie Langzeitarbeitslose bei Stellenbesetzungen des Freistaats Bayern und seiner Beteiligungsgesellschaften stärker berücksichtigt.

Konkret wird die Staatsregierung aufgefordert

1. zu überprüfen, wie der Freistaat Bayern als öffentlicher Arbeitgeber die Berücksichtigung von Langzeitarbeitslosen bei Stellenbesetzungen ausweiten kann,
2. bei Unternehmen, an denen der Freistaat Bayern Beteiligungen hält, darauf hinzuwirken, dass die Berücksichtigung von Langzeitarbeitslosen bei Stellenbesetzungen ausgeweitet wird, sowie
3. Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber zu motivieren, langzeitarbeitslose Menschen bei Stellenbesetzungen stärker zu berücksichtigen und an den entsprechenden Förderprogrammen des Bundes teilzunehmen.

Begründung:

Die Bekämpfung struktureller Langzeitarbeitslosigkeit wird von den Verfassern des Datenreports „Soziale Lage in Bayern 2014“ als eine der zentralen Herausforderungen in der Arbeitsmarktpolitik identifiziert.

Der Datenreport zeigt, dass längst nicht alle Personengruppen in Bayern von der guten wirtschaftlichen Entwicklung profitieren. So betrug der Anteil der Langzeitarbeitslosen im Jahr 2014 25,8 Prozent. Der Arbeitsmarktbericht für Oktober 2015 beziffert die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Bayern auf 64.376 Personen.

Langzeitarbeitslose Menschen und ihre Familien sind in weit überdurchschnittlichem Maße armutsgefährdet. Mit 49,3 Prozent wiesen erwerbsfähige Arbeitslose die weitaus höchste Quote auf. Besonders besorgniserregend ist der fortgehende Trend, wonach die Armutsgefährdungsquote bei Geringqualifizierten im Zeitraum 2006 bis 2013 um 7,8 Prozent anstieg und zuletzt bei 38,3 Prozent lag.

Um diesen Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben und ihren Familien eine Perspektive für ein Leben ohne Armut zu eröffnen, hat die Bundesregierung unter anderem das „ESF-Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt“ aufgelegt. Durch die Beteiligung an diesem Programm können Arbeitgeber einen konkreten und nachhaltigen Beitrag zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit leisten, indem sie Menschen mit Vermittlungshemmnissen eine Perspektive geben.

Angesichts des erwiesenermaßen auch in Bayern vorliegenden Handlungsbedarfs, ist der Freistaat Bayern gefordert, sich als öffentlicher Arbeitgeber stärker zu engagieren und andere Arbeitgeber ebenfalls zur Berücksichtigung von Langzeitarbeitslosen bei Stellenbesetzungen sowie zur Teilnahme an den entsprechenden Programmen des Bundes zu motivieren.